



<b>STELLUNGNAHME zum Antrag</b>  KULT-Gemeinderatsfraktion	Vorlage Nr.:	<b>2017/0080</b>
	Verantwortlich:	<b>Dez. 6</b>
<b>e-Paketzusteller in der gesamten Innenstadt</b>		

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
<b>Gemeinderat</b>	<b>14.03.2017</b>	<b>28</b>	<b>x</b>	

**Kurzfassung**

Eine ausschließliche Reglementierung des gewerblichen Fahrzeugparks ist nach derzeitiger Rechtsgrundlage nicht möglich.

Die Stadtverwaltung ist zum Thema „e-Paketzusteller“ bereits mit Firmen im Rahmen des Projektes „urbane citylogistik“ im Gespräch und in diesem Zusammenhang in vielen weiteren Projekten tätig.

Finanzielle Auswirkungen (bitte ankreuzen)		<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ja
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt			Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)	
Haushaltsmittel stehen Kontierungsobjekt: Ergänzende Erläuterungen:		Kontenart:				
ISEK-Karlsruhe-2020-relevant	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Handlungsfeld: Mobilität
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	abgestimmt mit

### **1. Die Stadtverwaltung prüft die Möglichkeiten einer Reglementierung des gewerblichen Fahrzeugparks in der Innenstadt (besonders lärm- und schadstoffarm).**

Die Stadtverwaltung unterstützt generell Bestrebungen, Fahrzeugflotten zu elektrifizieren und den gewerblichen Fahrzeugverkehr in der Innenstadt und im Stadtgebiet im Allgemeinen zu reduzieren, sofern dies nicht zulasten der Gewerbetreibenden geht. Die Umrüstung beziehungsweise Neuanschaffung entsprechender Fahrzeuge ist mit hohen Investitionskosten verbunden. Insofern plädieren wir für eine sukzessive freiwillige Umstellung durch die Flottenbetreiber.

Die Verwendung lärm- und schadstoffarmer Fahrzeuge sowohl im gewerblichen, aber auch im privaten Bereich ist ein grundsätzlich begrüßenswertes Ziel. Für eine Reglementierung könnten gegebenenfalls Maßnahmen in einem Luftreinhalte-/Aktionsplan aufgenommen werden, sofern Luftschadstoffgrenzwerte überschritten sind beziehungsweise zu überschreiten drohen.

Letzteres ist gegenwärtig noch bei Stickstoffdioxid gegeben. Hierzu wurde vom Regierungspräsidium Karlsruhe ein Luftreinhalteplan festgesetzt, der als Kernpunkt die Einrichtung einer Umweltzone beinhaltet, die nur mit Fahrzeugen mit grüner Plakette befahren werden darf. Weitergehende Überlegungen wie die Einführung einer „Blauen Plakette“ sind vom Gesetzgeber bisher nicht aufgegriffen worden.

Für die Reglementierung speziell von Gewerbefahrzeugen gibt es im Umweltrecht und im Straßenverkehrsrecht keine Rechtsgrundlage.

### **2. Gleichzeitig nimmt die Stadtverwaltung mit den in Karlsruhe tätigen Paketzusteller-Diensten Kontakt auf und setzt sich für die Einführung von Elektro- oder Hybridfahrzeugen in der gesamten zentralen Karlsruher Innenstadt ein, zunächst auf freiwilliger Basis.**

Erste Schritte in Richtung e-Belieferung und Konsolidierung der Lieferverkehre wurden in einem gemeinsamen Workshop mit der Stadtverwaltung und der EnBW erörtert (Stichwort „last mile“).

Aktuell wird von der Stadtverwaltung eine Projektidee für den Automotive Engineering Network e.V. (A.E.N.) angestoßen mit dem Ziel, den Frachtgüterverkehr in den städtischen Gewerbegebieten zu reduzieren. Ziel ist, den Frachtgüterfernverkehr an der Stadtgrenze in zentralen Umschlagplätzen zu bündeln und von dort aus mit elektrifizierten Transportfahrzeugen in die Gewerbegebiete zu liefern. Dort wiederum werden nicht die einzelnen Firmen beliefert, sondern es soll einen zentralen Wareneingang in den Gewerbegebieten geben, von dem aus ebenfalls mit elektrifizierten Fahrzeugen die Belieferung der Firmen erfolgen soll. Umgekehrt gilt dies auch für den Warenausgang. So wäre es möglich, den innerstädtischen Verkehr zum einen signifikant zu reduzieren und zum anderen die Emissionen an Lärm und Schadstoffen zu senken. Die Datenbasis für ein solches Vorhaben könnte Ergebnis eines gemeinsamen Projektes der Stadt Karlsruhe und des Unternehmens PTV Group sein, mit dem Inhalt, Verkehrsszenarien im Stadtbereich in 3 D zu simulieren und so verschiedene Maßnahmen ausprobieren zu können.

Einen weiteren wichtigen Baustein stellt das Projekt URBAN INNO, welches beim CyberForum angesiedelt ist, dar. Hier geht es darum, Bürgerbeteiligungsprozesse im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung urbaner Ökosysteme zu stärken.

Die Stadtverwaltung führte außerdem Gespräche mit einem Unternehmen, welches es möglich macht, mit einer selbst entwickelten elektrifizierten Antriebsachse LKW mit einer maximalen Nutzlast von 7,5 Tonnen von konventionellem Antrieb auf elektrischen Antrieb umzurüsten.

Die Stadtverwaltung ist zudem aktiv, wie bereits im Projekt „urbane citylogistik“ zusammen mit UPS, an einer Weiterentwicklung beziehungsweise Umstrukturierung des städtischen Warenwirtschaftsverkehrs beteiligt und unterstützt die Reduzierung von Verkehr, Lärm und Schadstoffen im Rahmen neuer Konzepte.